

WISSEN

C.H.BECK

Hans-Ulrich Thamer

DIE FRANZÖSISCHE REVOLUTION



nicht politische Mitspracherechte eingeräumt würden. Um dem Nachdruck zu verleihen, weigerten sich die Deputierten des Dritten Standes, an dem rein technischen Wahlprüfungsverfahren, das nach Ständen getrennt durchgeführt werden sollte, teilzunehmen. Stattdessen nannten sie sich nach dem Vorbild der Provinzialversammlung von Vizille und in deutlicher Anlehnung an das englische Unterhaus *députés des communes*; vor allem aber forderten sie entgegen der ständischen Tradition die gemeinsame Beratung der drei Stände und die Abstimmung nach Köpfen. Das hätte nicht nur ihre zahlenmäßige Überlegenheit von 578 gegenüber 291 Deputierten der Geistlichkeit und 270 Deputierten des Adels in die Waagschale geworfen, sondern auch ihre Erwartung realisiert, dass auf diese Weise ihr Anspruch, als größte Gruppe die Nation zu repräsentieren, auch sichtbar würde und sich allmählich auch Vertreter der beiden anderen Stände diesem Deutungs- und Verfassungswandel anschließen könnten. Denn in der Tat waren die Deputierten der drei Stände in sich hinsichtlich ihrer Vorstellungen und Interessen kaum geschlossen, und die Revolution der Deputierten kam nur deswegen zustande, weil es eine nicht geringe Zahl von Deputierten gab, die nicht ausschließlich standes- und interessenbezogen handelten. Fast ein Drittel des Adelsstandes, nämlich neunzig Adlige, waren aufgeklärt-liberal eingestellt; beim Ersten Stand gehörten zwei Drittel der niederen Geistlichkeit an und waren gegenüber Reformen in dem Maße aufgeschlossen, wie sie gegenüber dem hohen Klerus kritisch waren. Aber auch unter den Bischöfen, von denen nur 46 vertreten waren, gab es liberale Geister, wie z.B. Talleyrand, der Bischof von Autun. Der Dritte Stand war zu Anfang besonders geschlossen. Mehr als die Hälfte der nicht ganz 600 Deputierten des Dritten Standes waren Advokaten und Notare; daneben Angehörige der Beamtenschaft, Handelsherren und Manufakturbesitzer. Einige Deputierte kamen aus den beiden anderen Ständen, wie etwa der Abbé Sieyès oder der Graf Mirabeau.

Der ganze Monat Mai war nach der Eröffnungszeremonie äußerlich von Abwarten geprägt; tatsächlich fanden die Männer des Dritten Standes zusammen und bildeten erste informelle Zirkel außerhalb der Versammlung, wie die «Société des Trentes» und das «Comité breton», um das weitere Vorgehen abzusprechen. Nach und nach bröckelte unterdessen die Front der Geistlichen; am 12. Juni waren die ersten Überläufer zum Dritten Stand zu registrieren, darunter der Abbé Grégoire, bis sich die *Communes* am 17. Juni stark genug fühlten, um sich als Nationalversammlung zu proklamieren. Indem sie die These propagierten, dass sie «wenigstens 96 % der Nation» und darum auch den «Gemeinwillen der Nation» repräsentierten, begingen sie einen revolutionären Akt. Aus den Deputierten und Interessenvertretern einzelner Korporationen und Stände wurden in einem politischen Bekenntnisakt Repräsentanten von ganz Frankreich. Damit stellte die Nationalversammlung die politischen Rechte der beiden anderen Stände in Frage

und beanspruchte für die neue unteilbare Gesamtrepräsentation, der sich auch die Deputierten von Klerus und Adel anschließen konnten, Rechte und Funktionen, die einer Ständeversammlung noch nie zugekommen waren. Die Nationalversammlung beanspruchte, die Gesamtheit der Nation zu repräsentieren. Dies stand bislang nur dem König zu und bedeutete eine – zunächst noch verdeckte – Kampfansage an die traditionelle Herrschaftsordnung. Die eigentliche Machtprobe stand noch aus und sollte sich in Etappen vollziehen.

Der revolutionäre Schritt des Dritten Standes, der durch einen feierlichen Treueid symbolisch bekräftigt wurde, zwang die Deputierten des Ersten und Zweiten Standes, aber vor allem den König zu einer Entscheidung. Am 19. Juni entschied sich eine knappe Mehrheit der Geistlichkeit (149 gegen 137) für den Zusammenschluss, im Zweiten Stand sprach sich eine reformfreudige Minderheit von 80 Deputierten ebenfalls dafür aus. Die anderen Deputierten, die an der ständischen Herrschaftsordnung festhalten wollten, scharten sich nun um den König, den sie Wochen zuvor noch in seiner Macht hatten beschneiden wollen. Ludwig XVI., in Marly von seinen liberalen Ministern getrennt und nur von reaktionären Hofkreisen umgeben, neigte zu Entschlossenheit und berief für den 23. Juni eine *séance royale* (königliche Sitzung) der Stände ein. Bis dahin versuchte man, die revolutionäre Versammlung am Zutritt zum Sitzungssaal zu hindern, bis diese sich am 20. Juni in einem Saal des Ballhauses traf, um den Schwur zu leisten, sich nicht eher zu trennen, bis eine Verfassung geschaffen worden sei. Das war eine weitere revolutionäre Tat, durch die verfassungsrechtlich der Versammlung die Rolle einer kontinuierlich tagenden verfassungsgebenden Versammlung und symbolisch ihrem Entschluss ein gleichsam religiöser Ernst zuerkannt wurde. Verstärkt wurde der Eindruck von Entschlossenheit und Einheit durch die Vereinigung mit der Mehrheit der Geistlichen und einer Anzahl von Adligen am 22. Juni in der Ludwigskirche. Der König versuchte in der Gesamtsitzung der Stände am 23. Juni nach einem feierlichen Einzug unter großen monarchischem Gepränge und mit militärischen Drohgebärden alles rückgängig zu machen, was in den Tagen zuvor von der revolutionären Versammlung proklamiert worden war. Zum Zeichen ihres Anspruchs auf Selbständigkeit hielten sich deren Mitglieder nicht an das übliche Ritual und behielten in Anwesenheit des Königs ihre Kopfbedeckung auf. Der König versprach in seiner Ansprache Reformen, die aber nichts an der ständischen Struktur der politischen Gesellschaft ändern und keine Privilegien antasten sollten. Auch sollten die Stände weiterhin getrennt tagen; falls sie sich weigerten, werde er sie mit Gewalt auflösen.

Die politische Entwicklung war über dieses Minimalprogramm, das Monate zuvor noch Zustimmung gefunden hätte, längst hinweggegangen, und auch das Zeremoniell beachteten die Abgeordneten nicht mehr. Bailly erklärte dem

Großzeremonienmeister, der Gehorsam gegenüber der königlichen Anordnung einforderte, dass die «versammelte Nation keine Befehle entgegnahme»; Mirabeau fügte hinzu, dass man sich nur durch die Macht der Bajonette vertreiben lassen werde. Umgekehrt verlangte er für die Versammlung das Recht auf Gegenrede und Aussprache. Der König zögerte, wandte die Gewalt der Bajonette teilweise an und gab nach, als Adlige sich schützend vor den Dritten Stand stellten und 47 Deputierte des Adelsstandes unter der Führung seines Cousins, des Herzogs von Orleans, sich der Versammlung anschlossen. Am 27. Juni gab Ludwig XVI. schließlich nach und befahl den beiden oberen Ständen, d.h. denjenigen, die sich bislang der politischen Entwicklung widersetzt hatten, sich der Nationalversammlung anzuschließen. Der Sieg des Dritten Standes blieb jedoch gefährdet, was allein schon der drohende militärische Aufmarsch von Truppen unweit von Versailles und der unruhigen Hauptstadt verdeutlichte. Die Entlassung von Necker am 11. Juli, eine symbolische Herausforderung an die Adresse des Dritten Standes, tat ein Übriges, um die Erregung in Paris anzuheizen.

3.2. Brot und Freiheit: Die städtische Volksrevolution

Die Verfassungsrevolution in Versailles sollte durch die Hauptstadtrevolution in Paris und später in anderen Städten der Provinz gerettet werden. Damit tauchte das Volk, d.h. soziale Schichten und Akteure, in der politischen Arena auf, die die Geschehnisse bisher nur als Zuschauer oder als Objekte von Politik erlebt hatten. Auch die politische Bühne erweiterte sich um Straßen und Plätze, um Versammlungsorte im Freien wie dem Palais Royal oder um ehemalige Kirchen und Klöster. Schließlich sollte mit der sozialen und topographischen Ausweitung der Revolution auch der Modus der politischen Auseinandersetzungen erweitert werden: Zur parlamentarischen Rede und politischen Broschüre kamen soziale Affekte und Emotionen. Es herrschte in Paris eine Stimmung der politischen Erregung und hitzigen Debatten, aber auch der Ängste und Gerüchte.

Schon vor dem Juli 1789 wurden im Palais Royal und auf den Straßen die Schriften von Sieyès und die Gegenschriften der monarchistischen Propaganda heftig diskutiert, versuchten Volksredner auf sich aufmerksam zu machen. Sie steigerten durch ihre aufrührerischen Reden Furcht und Schrecken. Der junge Advokat Camille Desmoulins warnte vor einer drohenden militärischen Überwältigung und forderte das Volk zur Bewaffnung auf. Das war die Stimmung, in der es zum Ausbruch spontaner Gewalt kam. 40 von insgesamt 45 Zollhäusern wurden niedergerissen, Klöster geplündert; man suchte nach Getreide und nach Waffen.



Abb. 1: Das Symbol des Despotismus und der Freiheit.
Die Eroberung der Bastille am 14. Juli 1789

Man suchte sie in der Abtei von Saint-Lazare, bei Waffenschmieden und in der Bastille. Am 14. Juli belagerten etwa 8000 bewaffnete Pariser Bürger die Festung, deren Gouverneur, Marquis de Launay, nach langen Verhandlungen auf die Menge schießen ließ. Es gab 98 Tote und 73 Verwundete unter den Belagerern; aus Rache lynchte die aufgebrachte Menge nach der Eroberung der Festung sieben Garnisonsleute und den Kommandanten. Wer waren die «Sieger der Bastille», die später in eine Ehrenliste aufgenommen wurden? Von den 662 Akteuren stammte eine Handvoll aus der Bourgeoisie, die große Mehrheit gehörte zum *menu peuple*, zu den kleinen Leuten: Händler, Handwerker, Gesellen und Lohnarbeiter aus mehr als 30 unterschiedlichen Handwerksberufen, meist Schreiner, Tischler, Schmiede, Schneider, Maurer und Weinhändler.

Der Sturm auf die Bastille hatte verschiedene politische Folgen: Zunächst rettete er die Nationalversammlung und legitimierte den Machtwechsel. Die Pariser Wahlmänner des Dritten Standes, die die Deputierten der Generalstände gewählt und gerade mit der Aufstellung einer Bürgermiliz begonnen hatten, um den Ausbruch von Gewalt zu kanalisieren, bildeten eine provisorische Stadtregierung im Pariser Rathaus unter dem Astronomen Bailly und dem militärischen Kommando von Lafayette, dem französischen Helden aus dem Amerikanischen

Unabhängigkeitskrieg. Am frühen Morgen des 17. Juli verließ der jüngste Bruder des Königs, der Graf von Artois, das Land als Reaktion auf den Machtverfall der Monarchie und als prominenter Name in der ersten Welle der Emigration. Der König fügte sich scheinbar den neuen Machtverhältnissen, als er die Nationalversammlung nun förmlich anerkannte und sie um Unterstützung bei der Wiederherstellung der Ordnung bat. Er berief Necker zurück ins Ministerium. Dann besuchte er am 17. Juli die aufständische Hauptstadt, um auch die Volkserhebung zu sanktionieren. Die bürgerliche politische Revolution war durch die kollektive Aktion der städtischen Bevölkerung in ein Dilemma geraten. Sollten die bürgerlichen Revolutionäre, die sich allesamt als Anhänger der Aufklärung verstanden, die Ausbrüche wilder Gewalt als verständliche Racheakte unaufgeklärter Schichten hinnehmen, die ihrerseits auf die grausamen Strafrituale der absolutistischen Herrschaft reagierten? Oder sollte man sich von ihnen als Rückfall in irrationale und barbarische Exzesse distanzieren oder sie zwar als abstoßend empfinden, sie aber gleichwohl rechtfertigen? Auf jeden Fall stand seither die Gewaltproblematik auf der politischen Tagesordnung.

Die Hoffnung einiger Publizisten, es handele sich um einmalige Vorfälle, erfüllte sich allerdings nicht. Die Erstürmung der Bastille war nur der spektakulärste Fall in einer Serie lokaler Machteroberungen durch spontane Volkserhebungen im ganzen Land. Der Zusammenbruch der königlichen Macht wurde überall in Provinzstädten wie in kleinen Gemeinden von revolutionären Versammlungen und Erhebungen, von der Bildung politischer Klubs und Bürgermilizen, von öffentlichen Diskussionen und gewaltsamen Exzessen begleitet oder vorangetrieben. Überall folgten auf die revolutionäre Machteroberung im lokalen Raum allgemeine Steuer- und Abgabeverweigerungen wie symbolische und physische Akte der Zerstörung und von militärischer Gehorsamsverweigerung bzw. Fraternalisierung mit den Zivilisten. Zugleich waren das die Anfänge einer Mobilisierung und Politisierung der Provinz.

3.3. Die Grande Peur oder Die antifeudale Revolution der Bauern

Parallel zur Munizipalrevolution kam es zu einer ungleich spektakuläreren Konsequenz der Vorgänge in Versailles und Paris im Juni/Juli 1789, zu Aufständen der Bauern, zum Sturm auf die Schlösser, zu kollektiven Angstpsychosen. Seit Dezember 1788 hatten Bauern in der Provence, im Franche-Comté, aber auch im Norden und im Pariser Becken sich geweigert, Steuern zu zahlen, Abgaben an die Grundherren zu leisten. Auf die Nachrichten über die neuen Gesetze der Nationalversammlung, aber auch über die ernste Bedrängnis, in die sie durch den Hof und das Militär geraten seien, über die revolutionären Vorgänge in Paris steigerten sich Erregung und Widerstand. Die Hoffnungen auf